SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Integration bürgerschaftlicher Beteiligung in den Werkstatt-Prozess der Wirtschaftsregion Lausitz

Heer, Sebastian

Erstveröffentlichung / Primary Publication
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Heer, S. (2021). *Integration bürgerschaftlicher Beteiligung in den Werkstatt-Prozess der Wirtschaftsregion Lausitz.* (IZS Policy Briefs, 4). Dresden: Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V.; Interdisziplinäres Zentrum für ökologischen und revitalisierenden Stadtumbau (IZS). https://doi.org/10.26084/0wea-n691

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

BMBF-Vorhaben „Transformationsprozess im Rahmen des Ausstiegs aus der Braunkohleförderung in der sächsischen und brandenburgischen Lausitz“

Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung

IZS Interdisziplinäres Zentrum für ökologischen und revitalisierenden Stadtumbau

GEFÖRDERT VOM Bundesministerium für Bildung und Forschung

IZS Policy Briefs – Kompaktanalysen & Politikempfehlungen Nr. 4

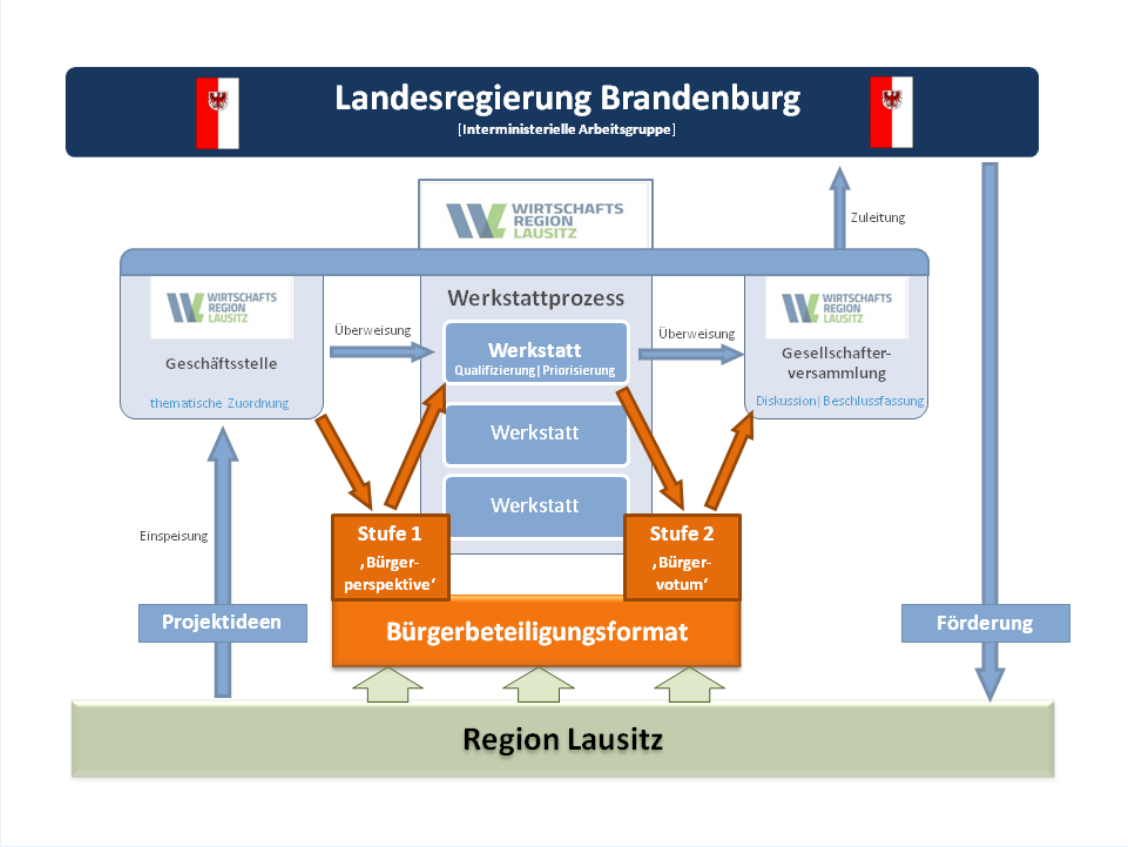
Integration bürgerschaftlicher Beteiligung in den Werkstatt-Prozess der Wirtschaftsregion Lausitz

Sebastian Heer

IÖR | Dresden und Görlitz

10. Februar 2021 [Redaktionstand: 01. Oktober 2020]

Auf einen Blick



1. Reflexion des Werkstatt-Ansatzes der Wirtschaftsregion Lausitz (WRL)

Die Wirtschaftsregion Lausitz wird zukünftig eine zentrale Rolle bei der Bewältigung des Strukturwandelprozesses in der brandenburgischen Lausitz und bei der weiteren Ausgestaltung der Förderpolitik im Bundesland Brandenburg spielen. Eine strategische Orientierung der Förderpolitik des Landes wird dabei von einer Priorisierung für Fördervorhaben ausgehen, an deren Formulierung die Wirtschaftsregion Lausitz maßgeblich beteiligt sein wird und für deren Erarbeitung derzeit ein Verfahrensgang abgestimmt wird.

Verfahrensgang

Im Zentrum dieses Verfahrens zur Generierung, Verdichtung und Förderung von Projektideen für den Strukturwandel in der brandenburgischen Lausitz stehen demnach Werkstätten, welche einen wesentlichen Beitrag bei der Förderpriorisierung erbringen sollen. Der ins Auge gefasste Modus sieht vor, dass dabei aus der Region Ideen/Innovationen von der Wirtschaftsregion Lausitz aufgenommen, diskutiert und qualifiziert werden – all dies geschieht in mehreren thematisch ausgerichteten Werkstätten. Nach Zuleitung der bei der Wirtschaftsregion Lausitz eingehenden Projektideen werden diese einer thematisch passenden Werkstatt zugewiesen, in der Projektideen dann unter Einbezug verschiedener Akteure weiterentwickelt, abgestimmt und in eine Prioritätenliste eingebettet werden. Aus den Werkstätten heraus werden priorisierte Förderprojekte der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsregion Lausitz zur formalen Beschlussfassung vorgelegt, anschließend wird diese Prioritätenliste dann der Landesregierung zugeleitet, die diese in ihrer Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) mit den betreffenden Ressorts weiter debattiert und schließlich in verbindliche Förderrichtlinien überführt, anhand derer konkrete Förderentscheidungen getroffen werden können.

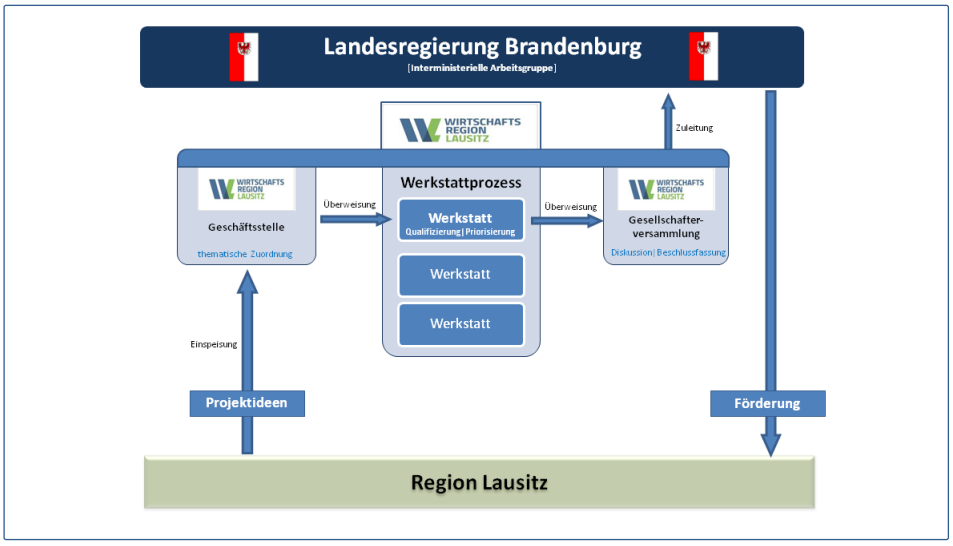


Abbildung 1: Verfahrensgang des WRL-Werkstattansatzes September 2020 (eigene Darstellung)

Rolle des Landes Brandenburg

Noch in Klärung befindlich scheint im Moment die **Rolle des Landes Brandenburg in diesem Werkstatt-Ansatz** bzw. der Punkt, an welchen Stellen und welchen Phasen des Prozesses das Land in welcher konkreten Rolle aktiv wird. Soweit gegenwärtig bekannt, wird das Land Brandenburg (Lausitzbeauftragter, Ministerialvertreter*innen etc.) in den Werkstätten aktiv beteiligt sein, um regionale sowie fachspezifische Kompetenz einzubringen; zudem werden die strategischen entwicklungspolitischen Vorstellungen des Landes zu einem bestimmten Handlungsfeld über Stellungnahmen mit Orientierungswirkung eingespeist, mit denen das Land seinen Vorstellungen in Sachen Strukturentwicklung Geltung verschafft im Werkstattprozess.

Ebenfalls in Klärung scheint zudem die Frage, inwieweit das **Land als (Mehrheits-)Gesellschafter der Wirtschaftsregion Lausitz** künftig agieren wird und Gesellschafteranteile in der kommunal getragenen Gesellschaft übernimmt. Insbesondere aus Sicht der Wirtschaftsregion Lausitz dürfte einiges für eine solche erstens substanziellere und zweitens auch sichtbare Einbindung des Landes in den Verfahrensgang und die Gesellschaft sprechen. Zum einen ist nicht nur aus Gründen der Akzeptanzsicherung der Strukturwandelmaßnahmen Transparenz von hoher Bedeutung für das Gelingen des herausfordernden Strukturwandelprozesses. Zum anderen liegt es im Interesse der Wirtschaftsregion Lausitz in ihrer Rolle als strategisches Instrument der zukünftigen Strukturentwicklungspolitik Brandenburgs, das Land als key stakeholder in die eigenen Strukturen zu integrieren und so auch die (politische) Beständigkeit eigener Empfehlungen zu erhöhen.

Vielversprechender Ansatz zur Einbindung regionaler Kompetenz

Aus wissenschaftlicher Perspektive erscheint der Ansatz der (Weiter-)Entwicklung und Priorisierung von Fördervorhaben in thematischen Werkstätten als ein vielversprechender Zugang. Die wesentliche Stärke des Werkstatt-Ansatzes liegt dabei in der breiten **Einbindung von regionaler Kompetenz**, die eine gute Verwurzelung der Arbeitsergebnisse der Werkstätten erhoffen lässt. Ein weiterer positiver Aspekt besteht in der durch die Werkstätten zu schaffenden Möglichkeit, die im Rahmen der Zukunftswerkstatt Lausitz (ZWL) aufgebauten **Netzwerke und fachliche Kompetenz** – sei es in Form der erstellten Studien und Gutachten oder auch personell – weiterhin strukturell in strategische Prozesse des Strukturwandels einzubinden und nutzbar zu machen. Inwieweit dieser Ansatz in der Praxis trägt, hängt von einer Reihe Faktoren ab – das Konzept jedoch, die Entscheidungsfindung auf viele Schultern zu verteilen und damit breit zu verankern, erscheint bei entsprechendem Rückhalt der Landespolitik aussichtsreich.

Bewertungsmaßstab

Analytisch betrachtet handelt es sich bei den Werkstätten im Grunde um ‚quasi-parlamentarische' Stätten der entwicklungspolitischen Willensbildung der brandenburgischen Lausitz: Hier wird über die Förderpolitik der Zukunft entschieden. Damit wird in gewisser Weise der Weg weiter beschritten, der die Wirtschaftsregion Lausitz in den letzten Jahren von einem im Bereich der Wirtschaftsförderung angesie-

delten Akteur zu einem **Akteur mit stärker politisch geprägtem Profil** hat werden lassen. Entsprechend dieser teilweisen funktionalen Neu-Interpretation der Wirtschaftsregion Lausitz sind die Kriterien, anhand derer der Werkstatt-Ansatz bewertet werden wird, somit nicht zuletzt dezidiert politischer Natur. So werden Fragen danach, **wessen Interessen auf welche Weise mit welchen Folgen** zu Förderempfehlungen verdichtet werden, zukünftig sehr wahrscheinlich zu einem auch öffentlich reflektierten Maßstab der Arbeit der Wirtschaftsregion Lausitz werden. Nachteilig in dieser Hinsicht könnte sich daher die erwähnte momentan noch intransparente, vage Einbindung des Landes Brandenburg als dem Schlüsselakteur im Strukturwandelprozess auswirken, weshalb hier vieles für eine **substanzielle, institutionalisierte und vor allem transparente Einbindung des Landes in ihren Verfahrensgang** spricht. Denn der große zu erwartende Mehrwert des Werkstattansatzes besteht in der gemeinsamen Weiterentwicklung der eingereichten Projektideen im Miteinander von Ideengeber*innen, Betroffenen, Wirtschaft, Wissenschaft und Landespolitik.

2. Vorschlag zur Integration von Partizipationselementen im ‚Werkstatt-Ansatz'

Vor diesem Hintergrund stellen sich Fragen, wie Teilhabeoptionen der Bürgerschaft sinnvoll, effektiv und vor allem in der **praxisnahen Handhabung** realistisch in den Verfahrensgang integrierbar sind. Der stärkere Einbezug der Bürgerschaft in den Prozess der Förderpriorisierung im Strukturwandelprozess ist dabei aus einer ganzen Reihe von Gründen wünschenswert,[1] angefangen bei der Nutzung des Potenzials vor Ort über ein Sicherstellen der Passfähigkeit des Geförderten in das regionale Umfeld bis hin zur – für den Erfolg der geförderten Projekte maßgeblichen – Akzeptanz der geförderten Projekte. Nachdem Überlegungen in Richtung der Installation eines Bürgerrates auf Landkreisebene zunächst nicht weiterverfolgt wurden, bietet der Werkstattprozess der Wirtschaftsregion Lausitz empfehlenswerte **strukturelle Anknüpfungsmöglichkeiten**, Bürgerbeteiligung in gleich wie ausgestalteten Formaten in den Prozess der Entscheidungsfindung substanziell mit einzubeziehen. Im Folgenden soll weniger auf die konkrete Ausgestaltung bestimmter Beteiligungsformate für den Werkstattansatz eingegangen, sondern vielmehr skizziert werden, in welchen Phasen des WRL-Werkstattansatzes Beteiligungsformate mit welchen prinzipiellen Aufgaben hilfreich und integrierbar sind.

Zweistufiges Feedback-Verfahren

Vorstellbar und empfehlenswert ist hierbei ein institutionalisiertes Andocken von Beteiligungsformaten an die Werkstätten in einer ***zweistufigen Feedback-Schleife***. Ein solcher Prozess setzt die Werkstätten de facto ins Zentrum der (förder)politischen Willensbildung – und dieser Tatsache angemessen sollten in diese Phase des Entscheidungsfindungsprozesses auch Optionen der Bürgerbeteiligung integriert werden. Dementsprechend sind es die Werkstätten, die einem Beteiligungsformat den Auftrag bzw. das

[1] Vgl. dazu Heer, Sebastian (2020): Bürgerbeteiligung im Lausitzer Strukturwandel. Ziele und Ausgestaltung bürgerschaftlicher Teilhabe im Zuge des Braunkohleausstiegs. IZS Policy Briefs – Kompaktanalysen und Politikempfehlungen Nr. 2. Dresden und Görlitz: Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung, S. 4ff.

Mandat erteilten, sie zu beraten. Für diese Autorität der Mandatserteilung wäre es abermals von unterstützendem Stellenwert, dass das Land Brandenburg in tragender und vor allem auch nach außen hin transparent gemachter Rolle in den Werkstatt-Prozess eingebunden wird. Denn an einen solchen Beteiligungsprozess werden selbstverständlich **hohe Maßstäbe demokratischer Nachvollziehbarkeit und Legitimität** angelegt.

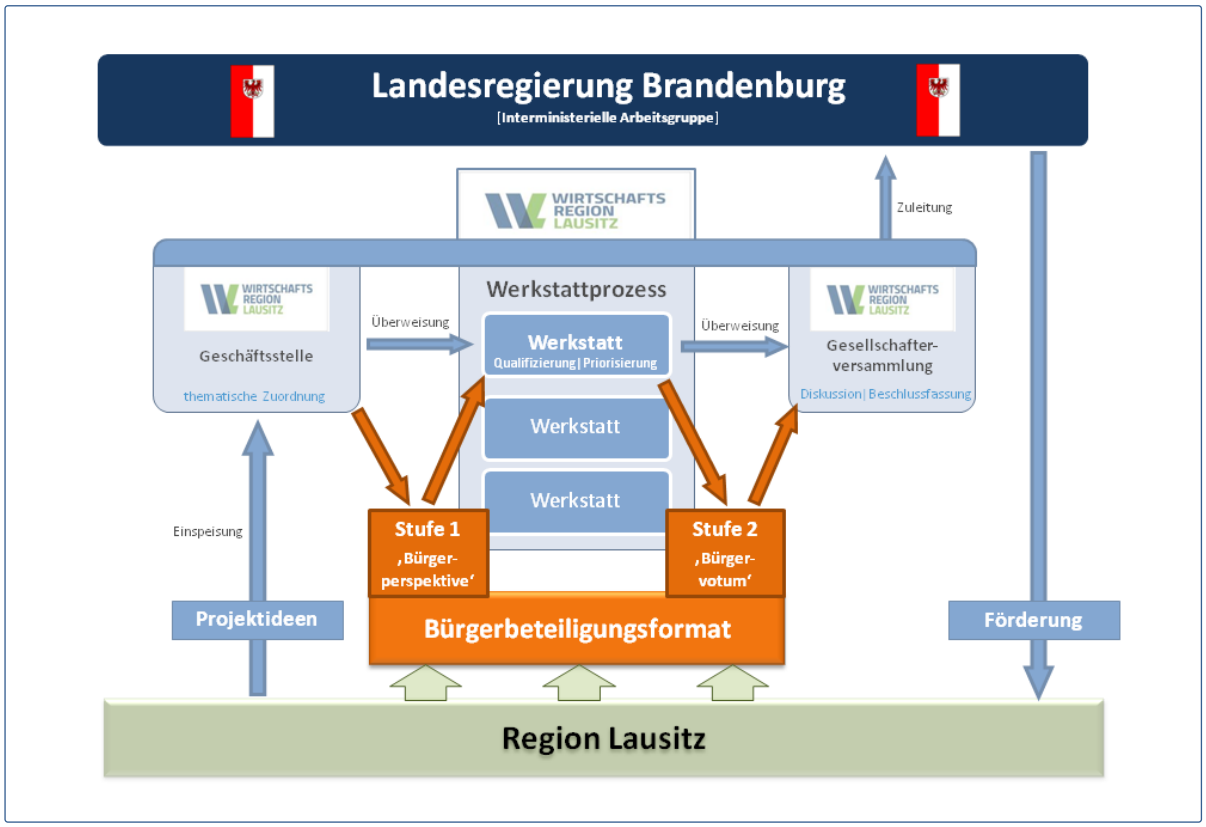


Abbildung 2: Zweistufige Beteiligungsoption im WRL-Werkstattansatz (eigene Darstellung)

Stufe 1 ‚Perspektive der Bürger*innen'

Ausgehend vom geplanten Verfahrensgang des Werkstattprozesses liegt nahe, als **erste Stufe vor einer thematischen Werkstatt** ein Bürgerbeteiligungsformat zu veranstalten. Ziel einer solchen ersten Beteiligungsrunde ist es, in der Bürgerschaft gehegte Prioritäten, Ansichten und Widerstände zum betreffenden Themenfeld zu erheben, zu aggregieren und systematisch zu verdichten. Die so im Zuge bürgerschaftlicher Teilhabe in einer ersten Stufe erarbeiteten Vorschläge, womöglich aber auch nur Sichtweisen oder noch diffuse Vorstellungen könnten dann als Bürger*innenperspektive – parallel zu den Stellungnahmen aus den Landesministerien oder inhaltlichen Positionen aus Studien und Entwicklungsstrategie der ZWL auch – im Werkstattprozess verarbeitet werden. Sie dienen somit als ‚Hintergrundfolie' bzw. eine weitere Beurteilungsgrundlage für die Weiterentwicklung der eingespeisten Projektideen und deren

Priorisierung. Im übertragenen Sinne säßen auf diese Weise die Bürger*innen während des Aushandlungsprozesses indirekt ‚mit am Tisch', mit zu erwartenden positiven Konsequenzen bei der Akzeptanz dieser Aushandlungsergebnisse aufseiten der Bevölkerung.

Stufe 2 ‚Votum der Bürger*innen'

Gemäß dem geplanten Verfahrensgang würden die Werkstätten dann Projektideen weiterentwickeln bzw. eine Priorisierung vornehmen, die danach ganz oder in Teilen – und das ist der zentrale Punkt wirkungsvoller Bürgerbeteiligung – in einer **zweiten Stufe nach der Werkstatt** abermals zurückgespielt wird an die Bürger*innen. Dies ist wichtig, da erst dann tatsächlich eine ‚Beschlusslage' auf dem Tisch liegt, zu der die Bürger*innen dann konkret mit Veränderungsvorschlägen Stellung beziehen können, bevor diese an die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsregion Lausitz als beschließendes Gremium weitergeleitet wird. Insofern läge es gerade auch im Interesse der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsregion Lausitz, bei der abschließenden Beschlussfassung für die eigenen Überlegungen das Votum der Bürger*innen verfügbar zu haben. Ebenso hilfreich für die Akzeptanz des Werkstatt-Prozesses könnte es sein, die Stellungnahme der Bürger*innen gemeinsam mit dem Gesellschafterbeschluss an die Landesregierung Brandenburg weiterzuleiten und damit der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) als politischem Steuerungsgremium die Gelegenheit zu geben, dieses Bürger*innenvotum in Diskussionen berücksichtigen zu können. Die Betonung liegt hier freilich auf können, nicht auf müssen, denn Bürgerbeteiligung stellt repräsentative Demokratie – deren Funktionslogik natürlich auch auf die inneren Verfahrensgänge eines faktisch zunehmend politischen Akteurs wie der Wirtschaftsregion Lausitz ausstrahlt – nicht in den Schatten, sondern dieser allenfalls komplementäre Angebote zur Seite.

Literatur

Heer, Sebastian (2020): Bürgerbeteiligung im Lausitzer Strukturwandel. Ziele und Ausgestaltung bürgerschaftlicher Teilhabe im Zuge des Braunkohleausstieges. IZS Policy Briefs – Kompaktanalysen und Politikempfehlungen Nr. 2. Dresden und Görlitz: Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung. http://transformation-lausitz.ioer.eu/fileadmin/user_upload/transformation-lausitz/files/izs-policy-briefs/policy_brief_2_-_Analyse_der_Ziele_und_Ausgestaltungsmoeglichkeiten_buergerschaftlicher_Teilhabe_im_Lausitzer_Strukturwandel